



Protokoll

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

| | |
|-----------------|-------------------------------------------------------------------|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 15.03.2022 |
| Raum, Ort: | Aula des Gymnasiums Groß Ilsede, Am Schulzentrum 35, 31241 Ilsede |
| Sitzungsbeginn: | 17:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 21:00 Uhr |

Anwesende:

Vorsitz

Herr Maik Meyer

Mitglieder

Herr Rainer Röcken bis 18.15 Uhr

Herr Maik Burgdorf

Herr Frank Hildebrandt

Herr Dr. Christof Klinke ab 18.16 Uhr

Herr Robin Samtlebe

Herr Carsten Lauenstein

Herr Julius Nießen

Herr Christian Falk

Frau Stefanie Weigand

Grundmandat

Herr Karl-Heinrich Belte bis 17:40 Uhr anwesend

Herr Christian Meyer

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Horst Matzel Vertretung für: Frau Carina Dohmeier

Herr Ulrich Steckel

Herr Finn Bendrien Vertretung für: Herrn Harald Hebisch

Frau Angela Denecke

Frau Heike Horrmann-Brandt

Frau Dorit Lonnemann

Beratende Mitglieder

Herr Christian Gebers

Frau Ingeborg Will
Herr Maik Zilling
Herr Axel Brandis
Frau Janine Schouten bis 19:20 Uhr anwesend
Frau Anja Stephan
Frau Iris Stuke
Frau Bianca Wingenbach bis 19:25 Uhr anwesend

Stellvertretende Mitglieder

Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich

Protokollführung

Frau Isabell Sorge

Verwaltung

Frau Cordula Heimburg
Frau Andrea Pape
Frau Stefanie Rudolph

Gäste

Frau Elisa Behrens
Frau Britta Herzberg

Entschuldigte:

Grundmandat

Herr Niwes Huy fehlt unentschuldigt

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Carina Dohmeier fehlt entschuldigt
Herr Harald Hebisch fehlt entschuldigt

Beratende Mitglieder

Frau Heike Mika fehlt entschuldigt
Frau Kathinka Plett fehlt entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2022
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Kinder und Jugendliche in der Corona-Pandemie
- 6 Aktueller Sachstand zu den Präventionsketten
- 7 Vorstellung des Jugendamtes - Strukturen, Organisation und Aufgaben
- 8 Gesetzesreform SGB VIII - Kinder- und Jugendstärkungsgesetz
- 9 Informationen der Verwaltung
 - Jugendfreundlicher Landkreis
 - Aktueller Sachstand zur Vereinbarung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen
 - Projekt an der Eichendorffschule
 - Antrag Kinderschutzbund
- 10 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr KTA M. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung werden festgestellt. Herr KTA Belte kritisiert den Unterpunkt „Projekt an der Eichendorffschule“ zum Tagesordnungspunkt 9. Seiner Meinung nach müsse der Jugendhilfeausschuss mehr Informationen zu diesem Thema erhalten, um vor dem geplanten Auslaufen des Projektes ausreichend informiert zu sein. Die Finanzierung und die Fortführung des Projektes solle bis zur Entscheidungsfindung durch den Jugendhilfeausschuss gesichert sein. Herr KTA Belte beantragt daher die Änderung der Tagesordnung – der Unterpunkt „Projekt an der Eichendorffschule“ zum Tagesordnungspunkt 9 soll von der Tagesordnung entfernt werden. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Die Tagesordnung bleibt in ihrer bisherigen Fassung erhalten.

3 . Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2022

Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig mit 1 Enthaltung genehmigt.

4 . Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Mattern (Stellvertretender Vorsitzender des Schullehrerrates an der Eichendorffschule) möchte wissen, ob Fragen zum Tagesordnungspunkt 9 nur im Rahmen der Einwohnerfragestunde zu stellen wären, oder ob die Einwohner/innen auch später noch die Möglichkeit bekommen, sich zum Tagesordnungspunkt 9 zu äußern. Der Ausschussvorsitzende Herr KTA M. Meyer bittet Herrn Mattern die Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde zu stellen. Eine Beantwortung der Fragen könne nach Vorstellung des Tagesordnungspunktes 9 erfolgen.

Weiterhin meldet sich Frau Schulz, Ortsbürgermeisterin Groß Ilsede, zu Wort. Aufgrund der aktuellen Ukraine-Krise und der bevorstehenden Ankunft ukrainischer Flüchtender erfragt Frau Schulz, wie der Impfschutz dieser Flüchtenden festgestellt und sichergestellt werden soll. Ein bestehender bzw. bekannter Impfschutz sei vor allem für die Aufnahme Geflüchteter in privaten Haushalten unabdingbar. Es sei ebenfalls zu klären, wie die Abstandsregelungen in Flüchtlingsunterkünften eingehalten werden können. Frau Prof. Dr. Friedrich teilt mit, dass die ukrainischen Geflüchteten in einem geordneten Verfahren von der Landesaufnahmebehörde (LAB) Niedersachsen empfangen und medizinisch versorgt werden. Die Impfquote sei nicht besonders hoch, in einigen Fällen seien auch in der EU nicht zugelassene Impfstoffe verimpft worden. In diesen Fällen würde dann neu geimpft werden. Grundsätzlich sei genug Impfstoff vorhanden, um allen Geflüchteten ein Impfangebot zu unterbreiten.

Zuletzt teilt Frau Reimers mit, einige Fragen zum Tagesordnungspunkt 8 formuliert zu haben. Aufgrund der Komplexität bietet Herr Zilling an, die Fragen im Nachgang schriftlich zu beantworten. Frau Reimers überreicht die Fragen der Protokollführung (siehe Protokollanlage).

Es werden keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern festgestellt.

5 . Kinder und Jugendliche in der Corona-Pandemie

Frau Prof. Dr. Friedrich berichtet von einer sich verändernden Infektionslage. Bisher lag das größte Infektionsgeschehen in der Gruppe der 5 bis 14 Jährigen. Derzeit sei ein Veränderungsprozess zu beobachten. Die Infektionsketten weiten sich aus, sodass das Infektionsgeschehen auch in allen anderen Altersgruppen zunehme. Frau Prof. Dr. Friedrich berichtet von der Neueinrichtung des Krisenstabs „Pflege und Versorgung“. Durch Erkrankungen der

Kinder seien in vielen Fällen auch die Pflegepersonen betroffen. Dies müsse mit Hilfe des Krisentabs engmaschig begleitet werden. Darüber hinaus laufe der Schulbetrieb derzeit noch gut, vereinzelt würden Schulen aufgrund erkrankter oder in Quarantäne befindlicher Lehrkräfte wieder den Digitalunterricht nutzen. Herr Zilling fügt hinzu, dass vor ca. 4 Wochen besonders die Krippen und Kindertagesstätten vom Infektionsgeschehen betroffen waren. Nun würden vor allem Schüler/innen und Lehrkräfte erkranken. Auch der Fachdienst Jugendamt arbeite aktuell in einzelnen Bereichen an der Personalgrenze. Der Dienstbetrieb könne aber noch aufrechterhalten werden.

Herr Zilling bittet die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gerne explizite Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt zu stellen. Seitens des Jugendamtes könne dann zu jeder Ausschusssitzung ein aktueller und individueller Sachstand mitgeteilt werden.

Frau Denecke merkt an, dass sie sich ebenfalls wünschen würde, dass die Ausschussmitglieder reichlich Fragen stellen, um ausreichend Informationen erhalten zu können. Wünschenswert wären beispielsweise Auskünfte, ob und ggf. unter welchen Bedingungen Angebote im Landkreis Peine stattfinden können. Frau Denecke nehme derzeit viele Anfragen von Schulen bezüglich Schulverweigerer/innen ab 12 Jahren wahr. Schulausfälle, Distanzunterricht und Nachschreibeklausuren würden zusätzlichen Druck auf die Schüler/innen ausüben. Abgesehen davon, so ihr Eindruck, seien viele Jugendliche hochdepressiv und psychisch angeschlagen. Das Knüpfen von Kontakten sei für viele Jugendliche unmöglich. Diese Problematik wird uns laut Frau Denecke noch lange begleiten. Herr Zilling bestätigt diese Beobachtungen. Frau Prof Dr. Friedrich habe alle Schulleiter im Landkreis Peine zu einem Kooperationstreffen eingeladen. Nicht nur die Prävention im Hinblick auf § 8a SGB VIII sei wichtig. Auch im Hinblick auf Corona müsse dringend Präventionsarbeit betrieben werden. Frau Will bringt an, dass sich der Bedarf für Kinder unter 14 Jahren deutlich mache. Es sei aber bereits eine deutliche Zunahme der Teilnahme an Ferienfreizeiten und Vereins- und Verbandsangeboten zu erkennen.

Frau Hormann-Brandt äußert sich, dass es wichtig sei, dass sich jedes Ausschussmitglied Gedanken zu der Situation im Landkreis Peine mache. Es dürfe auch trotz der Ukraine-Krise nicht vergessen werden, dass die Corona-Pandemie noch nicht beendet ist und somit auch weiterhin coronabedingte Bedarfe in der Jugendhilfe festzustellen sind. Die beiden Problematiken dürfen demnach nicht in Konkurrenz zueinander stehen.

Frau KTA Weigand unterstützt die Ausführungen von Frau Denecke und Hormann-Brandt. Die genannten Probleme, u.a. psychischer Natur, bestanden bereits vor der Corona-Pandemie. Viele der Probleme würden jedoch erst jetzt zum Vorschein kommen. Gerade psychisch belastete Kinder würden „unter dem Radar schwimmen“ und seien für Hilfsangebote oft nicht erreichbar.

Frau Denecke möchte betonen, dass das Bewusstsein für die derzeitigen Problemlagen geschärft werden muss. Es müsse auch bedacht werden, dass sich Geflüchtete aus Afghanistan, Syrien, etc. im Landkreis Peine befinden, die keinesfalls vergessen werden dürfen. Jeder Geflüchtete sei zwingend gleichwertig zu behandeln. Herr KTA C. Meyer und Frau Struke stimmen Frau Denecke zu.

6 . Aktueller Sachstand zu den Präventionsketten Vorlage: 2022/025

Frau Herzberg und Frau Behrens stellen sich und das Projekt „Präventionsketten“ vor (siehe Protokollanlage). Das Projekt unterstütze niedersächsische Kommunen über einen Zeitraum von drei Jahren. In der ersten Phase des Projektes sollen Kindern bis 10 Jahre umfassende Teilhabechancen und ein gesundes Aufwachsen unabhängig von der sozialen Herkunft haben. Dazu soll ein umfassendes Netz entwickelt bzw. bestehende Netzwerke genutzt und Akteure zusammengeführt werden. Das oberste Ziel der Präventionsketten im Landkreis Peine: Alle Kinder im Landkreis Peine sollen sich durch niederschwellige Angebote weiterentwickeln können.

Im Laufe der Präsentation geben Frau Behrens und Frau Herzberg einen Überblick, was seit dem Startschuss der Präventionsketten geschah und zeigen einen Ausblick über das weitere Vorhaben.

Frau KTA Weigand spricht im Anschluss an die Präsentation ein großes Lob gegenüber Frau Behrens und Frau Herzberg aus. Sie sei sehr beeindruckt von den starken Ergebnissen, die trotz der Corona-Pandemie erzielt werden konnten.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

7 . Vorstellung des Jugendamtes - Strukturen, Organisation und Aufgaben Vorlage: 2021/1027

Der Ausschussvorsitzende Herr KTA M. Meyer erläutert, dass im Laufe der folgenden Ausschusssitzungen alle Ausschussmitglieder das Jugendamt kennenlernen werden und sich die Sachgebiete durch die Leiter/innen sukzessiv vorstellen werden.

Herr Zilling stellt den Grundaufbau des Jugendamtes, die Aufgabenbereiche und die Gesetzesgrundlagen dar. Derzeit seien 117 Mitarbeiter in den Sachgebieten und Stabsstellen angesiedelt, darunter ca. 90 Vollzeitstellen. Anschließend erläutert Herr Zilling die Zusammen-

setzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Aufgaben des Jugendhilfeausschusses vor. Die Präsentation ist als Protokollanlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

8. Gesetzesreform SGB VIII - Kinder- und Jugendstärkungsgesetz Vorlage: 2021/855

Herr Zilling und Herr Gebers präsentieren die vorliegende Anlage der Informationsvorlage. Im Mittelpunkt stünden dabei aber besonders die Selbstbestimmung und eine stärkere Beteiligung der jungen Menschen und der Eltern. Mit der inklusiven Neuausrichtung der Jugendhilfe müsse das Jugendamt außerdem mit anderen Rehaträgern, wie z.B. der Bundesagentur für Arbeit, den Krankenkassen oder der Rentenversicherung in Kontakt treten. Zum 01.01.2027 brauche es noch ein abschließendes Gesetz, welches den nahtlosen Übergang der inklusiven Jugendhilfe ab 2028 regeln soll.

Herr Gebers teilt mit, dass die zukünftigen Auswirkungen des KJSG auf die Leistungsgewährung bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren noch zu beobachten sei. Möglicherweise könnte das Finanzierungsvolumen und Fallaufkommen stark ansteigen, ggf. müsse auch Personal generiert werden. Zukünftig sei außerdem zu klären, wie sich Menschen mit und ohne Behinderung im Landkreis Peine begegnen sollen. Weiterhin würden sich auch folgende Fragen stellen:

- 1) Wie können Begegnungsformen zum Austausch geschaffen werden?
- 2) Wie kann gemeinsame Bildung sichergestellt werden?
- 3) Wie können Leistungen miteinander verbunden werden?
- 4) Wie kann eine gemeinsame Fachexpertise zwischen dem Jugendamt und dem Sozialamt hergestellt werden bzw. wie können wir die Fachexpertise des Sozialamtes im Jugendamt ansiedeln?

So soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe geschaffen werden, um einen regelmäßigen fachlichen Austausch stattfinden lassen zu können, ggf. auch in Fallwerkstätten. Laut Herrn Zilling benötige das Jugendamt ein umfassendes Wissen über Behinderungsarten, den Kinderjugendärztlichen Dienst, Leistungsarten des SGB IX und Formen von ärztlichen Gutachten. Neue Schnittstellen seien bis 2024 zu schaffen. Es sei eine große Herausforderung, sowohl auf politischer als auch auf fachlicher Ebene, wobei sich auch die Strukturen des Jugendamtes ändern werden.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

9. Informationen der Verwaltung

- **Jugendfreundlicher Landkreis**
- **Aktueller Sachstand zur Vereinbarung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen**
- **Projekt an der Eichendorffschule**
- **Antrag Kinderschutzbund**

Jugendfreundlicher Landkreis

Frau Will gibt an, dass der Fragenkatalog in Form der Postkarte aus der letzten Ausschusssitzung regional ausgewertet wurde. Nach den Sommerferien können die Ergebnisse ggf. vorgestellt werden. Laut Frau Will habe es knapp 400 Rückmeldungen aus allen Schulformen und Gemeinden gegeben. Es hat sich bereits abgezeichnet, dass die Nähe zur Natur im Landkreis Peine den Befragten am meisten gefalle. Betont wurde, dass die Verbindungen im öffentlichen Nahverkehr nicht ausreichend seien. Es sei deutlich geworden, dass gerade bei jungen Menschen im Alter 14 Jahre und älter ein Bedarf an Angeboten im Indoor- und Outdoorbereich, z.B. für sportliche Betätigungen und Treffen, bestehe.

Aktueller Sachstand zur Vereinbarung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

Laut Frau Prof. Dr. Friedrich fanden bereits gemeinsame Treffen der HVBS mit den Dezeratsleitungen und dem Landrat stattgefunden. Es gab bereits erste Annäherungen, die leider durch die Ukraine-Krise unterbrochen wurden.

Projekt an der Eichendorffschule

Herr Zilling berichtet über den Start des Projektes an der Eichendorffschule im Jahr 2016. Gemeinsam mit dem Sozialamt, in persona Frau Spiller, wurde ein gemeinsames Modell für die Klassenassistenzen mit klaren Zielen entwickelt. So sollten die Schuljahrgänge 1 und 2 vollumfänglich durch Klassenassistenzen begleitet werden, in den Jahrgängen 3 und 4 sollten die Betreuungsumfänge deutlich vermindert werden und bereits einige Fortschritte festzustellen sein. Demnach sollte der Übergang zur weiterführenden Schule, welche keine Schulassistenten mehr anbietet, vereinfacht werden.

Es wurde seit Beginn des Projektes offenkundig kommuniziert, dass es sich um ein zeitlich begrenztes Modellprojekt handeln sollte, dessen Ergebnisse allen Kindern an den insgesamt 31 Grundschulen im Landkreis Peine zu Gute kommen sollen. Laut Herrn Zilling wurde bereits im Schuljahr 2019/2020 die Aussage getätigt, das Projekt zu beenden. Ferner sei im Workshop September 2021 ebenfalls deutlich und klar kommuniziert worden, dass das Modell an der Eichendorffschule nach der jetzigen Erfahrung nicht in der Form fortgeführt werden kann. Allen Beteiligten sei bekannt gewesen, dass Veränderung bzw. ein Auslaufen des Projektes bevorstand. Ebenso fand am 09.03.2022 ein Vorgespräch mit der Steuerungsgruppe statt, um die Umsteuerung des Projektes zu planen. Am 23.03.2022 soll ein erneutes Gespräch stattfinden, um auch die Überbrückung des Schuljahres 2022/2023 gut zu planen. Herr Zilling weist in diesem Kontext noch einmal darauf hin, dass alle Kinder im Landkreis Peine einen Anspruch auf Inklusion haben und die vorhandenen Ressourcen gerecht verteilt

werden müssen. Der Landkreis Peine soll insgesamt eine inklusive Bildungslandschaft werden, in der sich Ressourcen nicht in einzelnen Arealen bündeln.

Frau KTA Weigand stimmt Herrn Zilling zu, dass alle Schulen im Landkreis Peine von einem solchen Projekt profitieren müssen. Die genaue Umsetzung müsse ihrer Meinung nach aber politisch auf verschiedenen Ebenen diskutiert werden, so sei das Land Niedersachsen zwingend mit einzubinden. Es ginge nun auch nicht darum, einer Schule die Ressourcen wegzunehmen, sondern sinnvoll zu schauen, wie die Ressourcen gerecht verteilt werden können, sodass alle Kinder davon profitieren können. Herr KTA Dr. Klinke stimmt den Ausführungen von Frau KTA Weigand zu.

Herr Zilling stimmt Herrn KTA Dr. Klinke und Frau KTA Weigand zu, weist aber auch auf das Finanzierungsvolumen von insgesamt 12,4 Millionen Euro pro Jahr hin, wenn das Projekt einfach auf alle Grundschulen übertragen werden würde. Bei solch hohen Ausgaben müssten Nachhaltigkeit und Wirksamkeit des Projektes klar sein. Ggf. wäre auch das Kultusministerium mit einzubeziehen.

Frau Denecke verdeutlicht, dass finanzielle Aspekte ebenfalls bedeutend seien, aber sie vor allem die Evaluation interessieren würde. Herr Zilling antwortet darauf, dass es ausreichend Ergebnisse gäbe. Es haben insgesamt vier Workshops stattgefunden, in denen die Ergebnisse evaluiert wurden. So hat in den Jahrgängen 1 und 2 eine gute Betreuung stattgefunden, in den Jahrgängen 3 und 4 fand jedoch kein Übergang statt. Die Evaluation konnte auch pandemiebedingt nicht mehr so stattfinden, wie man es sich zu Beginn des Projektes vorgenommen hatte. Ebenso würden Langzeitstudien oder Vergleichsstudien fehlen, durch die die Nachhaltigkeit des Projektes tatsächlich hätte beurteilt werden können. So hatte Herr Zilling bereits im September 2021 kommuniziert, dass das Projekt in der bisherigen Art und Weise so nicht weitergeführt werden könne. Für die Zukunft sei es wichtig, die verschiedenen Schulen mit verschiedenen Sozialstrukturen auf ggf. unterschiedlich stark ausgeprägte Bedarfe zu überprüfen. Im Hinblick darauf weist Herr Zilling ebenfalls darauf hin, dass bei einem solchen Projekt kein expliziter Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII geprüft würde, da auch keine Anträge dazu gestellt würden. Das Jugendamt leiste allgemein für alle Kinder, mit und ohne Teilhabebeeinträchtigung, und somit auch mit und ohne Rechtsanspruch, Eingliederungshilfe.

Die Ausschusssitzung wird folgend für Fragen der Einwohner/innen zu diesem Tagesordnungspunkt unterbrochen.

Herr Mattern teilt mit, dass die Eltern der Eichendorffschule die Information erhalten hätten, dass das Projekt gänzlich beendet werden soll.

Frau Gaida, Schulleiterin der Eichendorffschule, meldet sich ebenfalls zu Wort. Sie teilt mit, dass die Befristung des Projektes von Beginn an bekannt war. Auch sollten die Stundenumfänge in den Jahrgängen 3 und 4 reduziert werden. Dazu tagte die Steuerungsgruppe mehrfach, sodass zwischenzeitlich kleine Evaluationen stattfinden konnten. Seit Beginn des Projektes habe sich die Anzahl der Schüler/innen an der Eichendorffschule jedoch auch massiv erhöht. So waren es 2017 noch 230 Schüler/innen und 2022 ca. 360 Schüler/innen.

Frau Lafai, Lehrerin an der Eichendorffschule, berichtet, dass sie sich seit Beginn des Projektes wöchentlich regelmäßig mit ihrer pädagogischen Fachkraft getroffen hat, um alle Kinder des Klassenverbundes aufzufangen, auch wenn diese keinen festgestellten Eingliederungshilfebedarf haben.

Herr Zilling teilt mit, dass das Projekt in der heutigen Ausschusssitzung nicht verlängert werden soll. Im Gespräch mit der Steuerungsgruppe am 23.03.2022 sollen alle weiteren Schritte geklärt werden.

Zuletzt weist Herr Gebers darauf hin, dass es sich bei dem aktuellen Projekt rechtlich gesehen um eine Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII an einer Schule handelt. Das Jugendamt habe aber noch ganz andere Möglichkeiten und Maßnahmen, um dem vorhandenen Bedarfen der Schüler/innen zu begegnen. Es sei von einer wissenschaftlichen Evaluation auf Grundlage von wenigen Datenjahren die Rede. In der Regel würden Daten über einen viel längeren Zeitraum gesammelt und analysiert. Die Ergebnisse der Workshops seien gut und aussagekräftig genug.

Antrag Kinderschutzbund

Laut Herrn Zilling wurde der Antrag wohlwollend zur Kenntnis genommen. Ein Gespräch mit Frau Schlossarczyk habe bereits stattgefunden. Es seien noch ca. zwei weitere Gespräche geplant, um im Mai 2022 eine Beschlussvorlage dazu zu entwerfen.

10 . Anfragen und Anregungen

Frau Denecke meldet sich zu Wort und bittet, die Ausschusssitzungen künftig kürzer zu fassen. Dies sei auch im Hinblick auf das Pandemiegeschehen wünschenswert. Weitere Anfragen und Anregungen liegen nicht vor. Der Ausschussvorsitzende Herr KTA M. Meyer schließt die Sitzung.

Maik Meyer
Ausschussvorsitz

Prof. Dr. Andrea Friedrich
Kreisrätin für Soziales

Isabell Sorge
Protokollführung